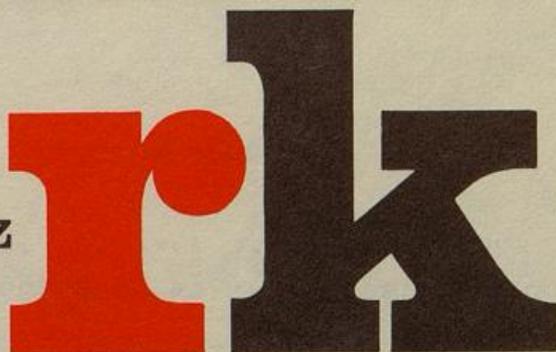


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Dienstag, 23. Februar 1982

Blatt 458

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig

Kommunal:
(rosa)

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe
Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern
sparen
Wien zahlt 431 Millionen für ortsfremde Patienten
Gratz: Jugendarbeitslosigkeit muß verhindert werden
150 Millionen für Aufzüge

Lokal:
(orange)

Neues Institut für Erziehungshilfe
Kleine Bälle haben Saison

Kultur:
(gelb)

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Nur

über FS: 23.2. Winterdienst - Mehr als 2.000 Mann im Einsatz

.....
Bereits am 22. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig (1)

=++++

22 Wien, 22.2. (RK-POLITIK) Zu der Forderung des Wiener Bürgermeisters, raschest ein Sondermüllgesetz des Bundes zu schaffen, präzisierte GRATZ am Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß dieses Gesetz mit einer Verfassungsbestimmung zu beschließen wäre, die dem Bund die Kompetenz dafür zuweist. Schließlich wurde auch im Bereich der Beseitigung des Altöles eine bundesweite Regelung getroffen, betonte Bürgermeister Gratz.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß der Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 23. März 1976 feststellte, die gesetzliche Regelung und unschädliche Beseitigung von Abfällen sei weder Zuständigkeit des Bundes noch der Länder. Ferner stellte der Verfassungsgerichtshof fest, daß die Regelung zur Beseitigung von Sonderabfällen dann in die Zuständigkeit der Länder fällt, wenn eine solche Regelung nicht der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten ist. Damit ist gemeint, daß auf Bundesebene in vielen verschiedenen Gesetzen Sondermüll-Fragen geregelt werden, z. B. im Wasserrechtsgesetz, im Forstgesetz, im Strafgesetz, in der Gewerbeordnung und im Tierseuchengesetz.

Durch diese komplizierte rechtliche Lage wurde somit eine einheitliche bundesweite Regelung in Österreich verhindert. Zwar hat Wien über meinen Auftrag schon vor acht Jahren ein Wiener Sondermüllgesetz erarbeitet, führte der Bürgermeister weiter aus, doch müssen gesundheitspolitische Erwägungen den Vorrang vor Kompetenzbedenken der Länder haben. Deshalb sei eine bundeseinheitliche Regelung notwendig, in der, so wie in dem Wiener Gesetzesentwurf, die unschädliche Beseitigung gefährlicher Abfälle eindeutig geregelt ist. (Forts.) pr/gg

NNNN

.....
Bereits am 22. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig (2)

=++++

23 Wien, 22.2. (RK-POLITIK) Es muß genau festgelegt werden, was unter "gefährlichem Abfall" verstanden wird. Es muß eine Beseitigungspflicht ebenso normiert werden, wie eine Aufzeichnungspflicht darüber, welcher Art die Sonderabfälle sind und wie und auf welche Weise die Beseitigung erfolgt ist. Das Umweltschutzministerium schätzt derzeit für ganz Österreich die Menge von industriellen Abfällen auf mehr als 280.000 Tonnen jährlich. Deshalb muß eine einheitliche und sichere Lösung gefunden werden.

Abschließend wies der Wiener Bürgermeister darauf hin, daß für die Beseitigung kleiner Mengen von Sondermüll in Wien bereits vorgesorgt ist. Jeder Private kann sich über das sogenannte "Gift-Telefon" der Magistratsabteilung 39 (Tel. 74 76 31/54) über die Beseitigung des in seinem Bereich entstandenen Sondermülls informieren. (Schluß) pr/gg

NNNN

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Utl.: Ausstellung am Südbahnhof

=++++

2 #Wien, 23.2. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete 1981 zum dritten Mal gemeinsam mit der Zentralsparkasse und Kommerzialbank und dem österreichischen Gewerkschaftsbund die Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben". Im Sonderwarteraum des Wiener Südbahnhofes sind nun bis 12. März täglich von 9 bis 16 Uhr die Arbeiten der Preisträger der dritten Aktion zu sehen.#

Insgesamt hatten 25 Künstler in zwölf Betrieben gearbeitet. Folgende Preise wurden vergeben:

Zwei Preise zu 30.000 S an Inge Dick

Robert Kabas

Drei Preise zu 20.000 S an Heidi Heide

Isolde Jurina

Christof und Renate Seiz

Fünf Preise zu 10.000 S an Karl Heinz Bloyer

Helmut Magreiter

Susanne Taschner

Ulrike Truger

Efthymios Warlamis

Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der die Ausstellung am Montag eröffnete, betonte die Bedeutung derartiger Aktionen zur Förderung des Verständnisses zwischen den Künstlern und den Mitarbeitern in den Betrieben. (Schluß) gab/ap

NNNN

Neues Institut für Erziehungshilfe (1)

Utl.: Eröffnung am Donnerstag durch Fröhlich-Sandner

=++++

3 #Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Ein neues Institut für Erziehungshilfe wird am kommenden Donnerstag, dem 25. Februar um 10 Uhr von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Wien 10, Sahulkastraße 5/Stiege 35/1. Stock eröffnet. Die nunmehr fünf Institute für Erziehungshilfe bieten Diagnose und Therapie für Kinder und Jugendliche an, bei denen Verhaltens- und Leistungsstörungen auftreten. Aussprachen und Beratungsgespräche mit Eltern werden ebenso durchgeführt wie Gruppen- und Familientherapien. Beratung und Therapie erfolgt kostenlos.#

Die Institute für Erziehungshilfe, auch als "Child Guidance Clinic" bekannt, werden vom Verein für Psychische Hygiene geführt. Sämtliche finanziellen Lasten werden von der Gemeinde Wien getragen.

In den Instituten, die unter der Leitung der Ärztin und Psychotherapeutin Dr. Ruth NASKE stehen, steht ein speziell ausgebildetes Team zur Verfügung. Die Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter und Sonderpädagogen arbeiten tiefenpsychologisch orientiert, unter Berücksichtigung lerntheoretischer Erkenntnisse. Einzelgespräche, Gruppen- und Familientherapien werden neben Legasthenerkuren und logopädischen Behandlungen durchgeführt.
(Forts.) emw/gg

NNNN

Neues Institut für Erziehungshilfe (2)

=++++

4 Wien, 23.2. (RK-LOKAL) An den vier bisher bestehenden Instituten wurden 1981 insgesamt 449 Kinder untersucht, 278 Knaben und 171 Mädchen. 192 Beratungsgespräche mit Eltern und ebenso viele Therapien wurden durchgeführt. 129 Beratungsgespräche betrafen ehemalige Klienten. Elternrunden und Familientherapien wurden abgehalten. 47 Kinder nahmen an Legasthenerkursen teil, 11 erhielten eine logopädische Behandlung.

Die Standorte der Institute für Erziehungshilfe:

Wien 19, Heiligenstädter Straße 82/14/1

Wien 5, Siebenbrunnengasse 7

Wien 14, Mühlbergstraße 7

Wien 21, Patrizigasse 2

Wien 10, Sahulkastraße 5/35/1.

(Schluß) emw/ap

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (1)

Utl.: Politischer Konsens beim Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

5 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der im Jänner 1982 seine Tätigkeit aufgenommen hat, soll eine Anlaufstelle für die verschiedensten Probleme von Klein- und Mittelbetrieben in Wien sein, betonten die Präsidiumsmitglieder des Fonds - Finanzstadtrat Hans MAYR, Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH - Montag abend in einem Pressegespräch.

Im Fonds arbeiten Vertreter der SPö, der ÖVP und der FPö sowie der Interessensvertretungen (ÖGB, Arbeiterkammer, Handelskammer, Industriellenvereinigung) mit. Vertreten sind auch die beiden Wiener Sparkassen - "Z" und "Erste" - die wiederum beste Kontakte zu den Klein- und Mittelbetrieben haben.#

Als Versuch, gewisse Nachteile auszugleichen, die Klein- und Mittelbetriebe im Kontakt mit den Behörden haben, bezeichnete Finanzstadtrat Mayr die Gründung des Fonds. "Großbetriebe finden leichter den Weg zu den Entscheidungsträgern", so Mayr. Im Übrigen ist der Fonds ein Beweis dafür, daß politischer Konsens auch in Wien möglich ist. Vizebürgermeister Dr. Busek betonte, daß die Voraussetzungen für die Wiener Betriebe nicht sehr gut sind. Außerhalb Wiens sind die Grundstückspreise wesentlich niedriger und daher galt es, ein taugliches Instrument zu finden, um vor allem auf dem Grundstückssektor Maßnahmen zu setzen. Präsident Ing. Dittrich erwartet sich vom Fonds eine wesentlich bessere Betreuung der Mitglieder der Wiener Handelskammer. Die Kooperation hat mit der Aktion "Baurechtsgründe" begonnen und es ist zu hoffen, daß nun ein weiterer Durchbruch gelingt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (2)

Utl.: 1,7 Millionen Quadratmeter Grundstücke als
"Gründungsausstattung"

=++++

6 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der
Wirtschaftsförderungsfonds soll heuer Betriebsflächen im
Gesamtausmaß von mindestens 250.000 Quadratmeter verkaufsreif machen
und vergeben. Insgesamt bekam der Fonds als "Gründungsausstattung"
rund 700.000 Quadratmeter Grundstücke ins Eigentum und rund 1
Million zur Verwaltung und Verwertung übergeben. Als Barleistungen
wurden 50 Millionen Schilling von der Stadt Wien und je zehn
Millionen von der "Z" und der "Ersten" eingebracht. In den ersten
Wochen seit Bestehen des Fonds wurden Grundstücke im Ausmaß von
182.758 Quadratmeter angekauft und 20.622 Quadratmeter verkauft.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wickelt ab Februar vier
Förderungsaktionen der Stadt Wien ab: die
Strukturverbesserungsaktion, die Aktion zur Refundierung von
Anliegerleistungen, die Aktion Baurechtsgründe und die
Hotelmodernisierungsaktion. Für diese Aktionen sind Förderungen in
der Höhe von 93,8 Millionen vorgesehen. Im einzelnen entfallen auf
die SVA-Aktion 70 Millionen, auf Anliegerleistungen 1,5 Millionen,
auf die Baurechtsgründe 2,3 Millionen und auf die
Hotelmodernisierungsaktion 20 Millionen .

Damit wird der Wirtschaftsförderungsfonds alle mit einer
Betriebsansiedlung unmittelbar zusammenhängenden Förderungsaktionen
selbst durchführen und betreuen.

Zum Full-Service des Fonds gehört auch eine Beratung der
Wirtschaftstreibenden auf einer möglichst breiten Basis. Die
Beratung soll bei der Auswahl des Betriebsstandortes beginnen und
über die gesamte Projektlaufzeit einer An- oder Umsiedlung möglich
sein. Dem Fonds sollen das bestehende Informationszentrum der Wiener
Wirtschaft (derzeit 1040 Wien, Operngasse 20 b) und wichtige Dienste
der Informationszentrale der Wiener Handelskammer, wie die
Nachfolgerbörse und Betriebsberatungen eingegliedert werden.

(Forts.) sei/bs

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (3)

=++++

7 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ist im Amtshaus Ebendorferstraße 2, gegenüber dem Rathaus (1082 Wien) untergebracht. Zu erreichen ist der Fonds unter der Telefonnummer 4350/460 DW, Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr.

Geschäftsführer ist Ing. Robert WOLFGRING (bisher Liegenschaftsressort der Stadt Wien), stellvertretende Geschäftsführer sind Mag. Julia HEINER (bisher MA 4, Wirtschaftsreferat) und Friedrich HEITZINGER (bisher Wiener Handelskammer, Außenhandelsabteilung). (Schluß) sei/ap

NNNN

Kleine Bälle haben Saison

Utl.: Bis Faschingsdienstag 607 Bälle in Wien

=++++

8 #Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Bis Faschingsdienstag wurden im Vergnügungssteuerreferat der Stadt Wien 607 Bälle angemeldet, das sind um 37 Bälle mehr als im Vorjahr. Heuer hatten die kleineren Bälle (unter 500 Karten) Saison: Es wurden 429 kleinere Bälle gegenüber 382 im Vorjahr angemeldet. Bei den mittleren (zwischen 500 und 1.000 Karten) und den Großbällen (über 1.000 Karten) gab es kleine Rückgänge. Heuer wurden 86 mittlere Bälle (Vorjahr 89) und 92 Großbälle (Vorjahr 99) angemeldet. # (Schluß) sei/gg

NNNN

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (1)

=++++

9 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) über die Auswirkungen des neuen Mietrechtes auf städtische Wohnhausanlagen berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Stadt Wien wird aus dem neuen Mietrechtsgesetz folgende Konsequenzen ziehen:

- o Die Obergrenzen für die Neuvermietungen von älteren städtischen Wohnungen werden nicht voll ausgeschöpft, sondern in der Höhe der Obergrenzen des Erhaltungsbeitrages festgesetzt. Das heißt, daß der Mietzins in wiedervermieteten Wohnungen nicht höher als der Erhaltungsbeitrag sein wird.
- o Ab 1. Juli wird die Stadt Wien in den Häusern, bei denen in nächster Zeit Reparaturarbeiten anfallen, einen Erhaltungsbeitrag einheben. In zahlreichen Gemeindebauten soll noch heuer beziehungsweise 1983 mit Instandsetzungsarbeiten begonnen werden. # Die Stadterneuerung aber auch die Wiener Bauwirtschaft werden durch diese Arbeiten einen gewaltigen Aufschwung erfahren.
- o Nach dem neuen Mietrecht besteht die Möglichkeit, sowohl den Erhaltungsbeitrag einzuheben, als auch bei dringenden Fällen ein Paragraph 18-Verfahren (bisher Paragraph 7) einzuleiten. Die Stadt Wien hat die Absicht, von dieser Möglichkeit Abstand zu nehmen und die Arbeiten mit Hilfe des Erhaltungsbeitrages durchzuführen.
- o Die Stadt Wien wird auf den im Gesetz vorgesehenen Ertrag von 20 Prozent der Mietzinseinnahmen verzichten und den gesamten Betrag der Erhaltung des Hauses zuführen.
- o Vor Einführung des Erhaltungsbeitrages wird eine Informationskampagne für die Mieter gestartet. Im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien, Doblhoffgasse, 6 soll eine eigene Auskunftsstelle zu Fragen des neuen Mietrechtes installiert werden. Die Möglichkeiten von Mietzinsbeihilfen werden den Mietern genau bekanntgegeben. (Forts.) ba/bs

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (2)

=++++

10 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Die Einhebung des Erhaltungsbeitrages bedeutet für die Mieter einen erhöhten Mietzins, erspart aber in weiterer Folge beträchtliche Summen. Durch den Erhaltungsbeitrag wird nämlich soviel Geld angespart, daß Reparaturen rasch und möglichst ohne Kreditaufnahme durchgeführte werden können.

Dazu ein Beispiel: Bei angenommenen Reparaturkosten von 5 Millionen Schilling, mußten die Mieter nach dem Paragraph 7-Verfahren des alten Mietgesetzes 8,36 Millionen Schilling zurückzahlen. Soviel machen die Kreditzinsen bei einer zehnjährigen Laufzeit des Kredites aus. Durch den Erhaltungsbeitrag ersparen sich die Mieter also rund 3,4 Millionen Schilling an Zinsen.

Der Erhaltungsbeitrag richtet sich nach der Größe und nach der Ausstattung der Wohnung zum Abschluß des Mietvertrages (selbst vorgenommene Wohnungsverbesserungen zählen nicht mit). Die Höhe bewegt sich zwischen 3,66 Schilling und 14,66 Schilling pro Quadratmeter und Monat.

Beispielsweise: Wenn bei einer 40 Quadratmeter großen Altbauwohnung der Ausstattungskategorie C - also mit Wasser und WC innen - der Hauptmietzins bisher 40 Schilling betrug, so wird er in Zukunft 316,65 Schilling betragen.

Der Erhaltungsbeitrag darf nur für Arbeiten am Wohnhaus eingesetzt und muß innerhalb von fünf Jahren verwendet werden. Ist dies nicht der Fall, oder wird nicht der gesamte Betrag benötigt, muß die Summe mit Verzinsung zurückgezahlt werden. Jeder Mieter kann die Verwendung des von ihm eingezahlten Erhaltungsbeitrages kontrollieren, da die Hausverwaltung jährlich eine gesonderte Abrechnung über die Einnahmen und die Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag vorlegen muß. (Forts.) ba/bs

NNNN

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (3)

=++++

11 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn sich der Mietzins durch den Erhaltungsbeitrag auf mehr als 4,50 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht, kann beim zuständigen Finanzamt eine Mietzinsbeihilfe beantragt werden. Die Jahresnettoeinkommensgrenzen sind: 85.000 Schilling, bei einer Person, 105.000 Schilling bei zwei Personen und 11.500 Schilling bei drei Personen. Die Betriebskosten werden bei dieser Mietzinsbeihilfe nicht berücksichtigt.

Die zweite Möglichkeit ist die Mietzinsbeihilfe über die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe berücksichtigt den gesamten Mietzins, auch die Betriebskosten werden eingerechnet. (Forts. mgl.) ba/bs

NNNN

Wien zahlt 431 Millionen für ortsfremde Patienten

=++++

12 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeister zu Fragen der Spitalsfinanzierung, daß von Wiener Seite niemals ein "Selbstbehalt" für ortsfremde Patienten gefordert wurde. Das Problem der ortsfremden Patienten ist auch kein Problem Wien-Niederösterreich allein, sondern betrifft alle Gebietskörperschaften, die Spitäler mit einem großen Einzugsbereich zu führen haben. Die Vorschläge Wiens waren daher auch nie als Einbahnstraße gedacht: Wien ist natürlich bereit, bei einer entsprechenden bundesweiten Regelung die Kosten für Spitalsaufenthalte von Wienern in anderen Bundesländern zu übernehmen.#

Im Jahr 1980 entfielen 29,1 Prozent der Pflagetage im Allgemeinen Krankenhaus auf Patienten aus anderen Bundesländern. In den übrigen Wiener Krankenanstalten waren es 12,6 Prozent der Pflagetage. Die Mehrkosten, die Wien leisten mußte, betragen nach Abzug der Leistungen der Sozialversicherung rund 431 Millionen Schilling. In der Gegenrechnung werden die Kosten für die Wiener Patienten in anderen Bundesländern auf rund 100 Millionen geschätzt.

Nach Ansicht Wiens sollte entweder der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds bundesweit die Kosten der ortsfremden Patienten übernehmen oder jedes Bundesland für "seine" ortsfremden Patienten in einem anderen Bundesland aufkommen.

Der klinische Mehraufwand beim AKH hat, so MAYR, mit der Kostenfrage für ortsfremde Patienten nichts zu tun. Er wird ja nicht für die "Heilbehandlung" gewährt, sondern für die Aufwendungen aus Lehre und Forschung, also u.a. dafür, daß im AKH rund die Hälfte der österreichischen Ärzte ausgebildet wird. Dafür zahlt der Bund derzeit 18 Prozent der Betriebskosten 1980 waren es 393 Millionen. Nach Ansicht Wiens ist das viel zu wenig. (Schluß) sei/ap

NNNN

Gratz: Jugendarbeitslosigkeit muß verhindert werden

=++++

13 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte Dienstag in seinem Pressegespräch, daß in Wien alles getan werden wird, um keine Jugendarbeitslosigkeit entstehen zu lassen. Bis Mitte März werden noch Unterlagen erarbeitet, die einen genauen Überblick über die Lehrlingssituation im heurigen Jahr geben werden. Nach Vorliegen dieser Unterlagen wird man sich rasch mit allen Beteiligten zusammensetzen müssen, um gezielte Maßnahmen zu setzen. #

Gratz erinnerte, daß in den fünfziger Jahren staatliche Maßnahmen wie eine Einstellungsverpflichtung oder die Aktion "Jugend am Werk" gesetzt wurde. Er, so Gratz, habe derzeit nicht den Eindruck, daß solche Maßnahmen notwendig sein werden, ausschliessen wolle er sie aber nicht. Sie wären jedoch eine allerletzte Möglichkeit. Auf jeden Fall sind in Wien alle Beteiligten interessiert, daß es nicht zu Verhältnissen wie in Großbritannien oder in anderen Ländern kommt.

Zu heutigen Zeitungsmeldungen erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR, daß die Stadt Wien General Motors keine Lehrlingsförderung gibt. Es stimmt daher auch nicht, daß die Stadt Wien für jeden bei General Motors ausgebildeten Lehrling 2.500 Schilling im Monat bezahlt.

Zur Frage der Heldenplatzgarage betonte Stadtrat Mayr, daß es nun einen neuen Vorschlag gibt, den man ernsthaft diskutieren sollte. Dieser Vorschlag sieht eine Zufahrt durch das Burgtor und weiter eine Einfahrt zur Garage links vom Burgtor Richtung Volksgarten vor. Diese Variante, die noch nicht bei der Baubehörde und beim Bundesdenkmalamt eingereicht wurde, würde den Heldenplatz nicht "verschandeln" und wäre auch wirtschaftlich vertretbar. (Schluß) sei/bs

NNNN

150 Millionen für Aufzüge

=++++

14 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Für nachträgliche Aufzugseinbauten in ältere städtische Wohnhausanlagen wurden am Dienstag 150 Millionen Schilling vom Wiener Stadtsenat genehmigt. Dies berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters. Mit dieser Summe können heuer 130 Aufzüge nachträglich eingebaut werden. Rund 90 Millionen werden damit für das Baugewerbe und die Metallindustrie wirksam. Der nachträgliche Aufzugseinbau bedeutet aber auch für die Mieter eine wesentliche Verbesserung ihrer Wohnqualität. # (Schluß) ba/gg

NNNN